

QUARTALSBERICHT

Projektland: Volksrepublik China

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN:

1. DIE „ZUFRIEDENHEIT DER BÜRGER“ ALS LEITSATZ DER POLITIK
2. CHONGQING: EINE STADT IN ROT
3. UMWÄLZUNGEN IN DER ARABISCHEN WELT – RESONANZ IN CHINA
4. WACHSTUM, INFLATION UND ÜBERHITZUNG AUF DEM IMMOBILIENMARKT UND WÄHRUNGSPOLITIK
5. NEUE ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT UND DEMOGRAPHISCHER WANDEL
6. NEUREGELUNG BEI ZWANGSENTEIGNUNGEN
7. „RECHTSSYSTEM MIT CHINESISCHER CHARAKTERISTIK AUFGEBAUT“
8. MEDIEN IN CHINA
9. CHINESISCHE REAKTIONEN AUF KATASTROPHEN IN JAPAN

1. DIE „ZUFRIEDENHEIT DER BÜRGER“ ALS LEITSATZ DER POLITIK

Leitsätze der Tagungen des Nationalen Volkskongresses (NVK) und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) im März waren die „Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung“ und die „Zufriedenheit der Bürger“. Diese Formulierungen vermittelten eine klare Botschaft: Man ist sich des hohen sozialen und ökologischen Preises bewusst, den das „Wachstum um jeden Preis“ der letzten Dekade gefordert hat. Der Fokus soll nun auf einer nachhaltigen Entwicklung und einer gerechten Verteilung des erreichten Wohlstands liegen – dies ist gleichzeitig das politische Erbe der Regierung unter Staatspräsident Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao, deren Amtszeit im kommenden Jahr endet.

Während die wirtschaftliche Umstrukturierung, der Ausbau der sozialen Sicherung, die Reform des Gesundheits- und Bildungswesens, Lebensmittel- und Produktsicherheit, Korruptionsbekämpfung sowie die Eindämmung steigender Immobilienpreise bereits in den vergangenen Jahren auf der Agenda standen, fanden jetzt auch neue Themen Eingang. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Umweltschutz geschenkt. Geplant sind die Schließung verschmutzender Industrien, der Rückgewinn von Agrarflächen sowie umfangreiche Programme zum Erhalt der Wasservorkommen und zur Steigerung der Energieeffizienz. Angekündigt wurde auch eine Reform des Steuersystems. *(CD, 06./10./15.03.11)* **Das ehrgeizigste Vorhaben** unter dem Banner des sozialen Ausgleichs ist sicher die Erweiterung des sozialen

Wohnungsbauprogramms, welches 2010 initiiert wurde (siehe auch 2.1). In Zukunft sollen Sozialwohnungen rund 20% des städtischen Wohnangebotes ausmachen. Auch die Eindämmung der Inflation stand ganz oben auf der Tagesordnung. Thematisch sind somit alle Bereiche abgedeckt, bei denen Bürger laut einer Online-Umfrage der Volkszeitung den größten Handlungsbedarf sehen (Soziale Sicherung, Korruption, Einkommen, Immobilienpreise). Die neue Prioritätensetzung und die damit implizierte Abwendung von der Maxime eines hohen Wirtschaftswachstums als bestem Mittel des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts ist jedoch auch ein Signal an Beamte aller Ebenen, dass hohe Wachstums- und Beschäftigungsquoten allein nicht mehr Garant beruflichen Fortkommens sind. Mit neuen Beurteilungskriterien hofft man, Problematiken wie Verstöße gegen Arbeits- und Umweltrecht in den Griff zu bekommen.

Auch „Transparenz“ und „Partizipation“ waren in diesem Jahr wichtige Schlagworte. So betonte beispielsweise der Premier, dass man Mechanismen einrichten wolle, um die Bürger stärker im Kampf gegen Korruption einzubinden. Vermehrt sollten Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zhao Qizheng, Pressesprecher des PKKCV, setzte ein Zeichen, als er auf Nachfrage von Journalisten erstmals das Tagungsbudget veröffentlichte. (CD, 03./10.03.11) Dies geschah sicher auch, um Bedenken hinsichtlich der Verschwendung öffentlicher Mittel zu zerstreuen. Die immensen Ausgaben staatlicher Institutionen für Automobile und Bankette sind ein zentraler Kritikpunkt der Bevölkerung. Dass auch Delegierte in dieser Hinsicht Verbesserungsbedarf sehen, zeigte sich bei den vorgebrachten Anträgen, von denen sich viele inhaltlich mit der besseren Kontrolle öffentlicher Ausgaben befassten. Kritisiert wurden auch Prestigeprojekte, aus denen die breite Bevölkerung keinen Nutzen ziehe. Frei werdende Mittel sollten in den Ausbau des sozialen Sektors fließen.

Auch wenn der Inhalt des Programms von der Bevölkerung positiv angenommen wurde, hoben Kritiker hervor, dass trotz der Fokussierung auf Zufriedenheit und sozialem Ausgleich materielle Versorgungsaspekte im Vordergrund stünden, Werte wie Partizipation, Freiheit und Gerechtigkeit seien immer noch nicht ausreichend verankert. (SCMP, 03.03.11) Tiefgreifenden politischen Reformen wurde allerdings erneut eine Absage erteilt. Die korrekte politische Orientierung müsse beibehalten werden, so der NVK-Vorsitzende Wu Bangguo.

2. **CHONGQING: EINE STADT IN ROT**

Ganz im Sinne der neuen politischen Zielsetzungen kündigte der Parteichef der Stadt Chongqing Bo Xilai an, den Zufriedenheitsindex seiner Stadt weiter steigern zu wollen. Zu diesem Zweck sollen in den kommenden Jahren die städtischen Lohneinkommen um 75% gesteigert, ländliche Einkommen im Einzugsgebiet verdoppelt und der lokale Gini-Koeffizient bis 2015 von 4,2 auf 3,5 gesenkt werden. (SCMP, 03.03.2011) Anfang des Jahres wurde in Chongqing eine Steuer auf Luxusimmobilien eingeführt, angekündigt wurde auch der massive Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, der zukünftig sogar ein Drittel des Wohnangebotes ausmachen soll. Zuspruch erhält Bo nicht nur von der Bevölkerung. Seine ambitionierten Pläne für mehr soziale Gerechtigkeit wurden in der chinesischen Presse positiv aufgenommen, einige der einflussreichsten Politiker hoben seine Herangehensweise als beispielhaft hervor.

Als Sohn des Altrevolutionärs Bo Yibo gehört der aufstrebende Politiker zum so genannten roten Adel (auch als „Prinzlinge“ bezeichnet). Im vergangenen Jahr machte er durch seine Anti-Mafia-Kampagne auf sich aufmerksam. Ziel war die Bekämpfung der Korruption und die Zerschlagung des Netzwerks, welches kriminelle Organisationen mit Wirtschaftsvertretern und politischen Funktionären verband. Auch wenn einzelne Vorgehensweisen von Rechtsexperten kritisch hinterfragt wurden, sicherte ihm diese Großaktion landesweit Sympathien.

Auf sich aufmerksam machte Bo Xilai in letzter Zeit jedoch vor allem durch seine Rote-Kultur-Kampagne. Im vergangenen Monat wurde das Programm des städtischen Fernsehsenders Chongqing Cable TV überarbeitet, um den Bürgern, in Zeiten einer übermäßigen Kommerzialisierung, kommunistische Werte und Kultur wieder näher zu bringen. Auch andere staatliche Sender wurden angehalten, weniger Werbung zu senden und „rote“ Programme auszustrahlen, die sich der Geschichte des Landes und den Errungenschaften der Partei widmen. Bos Hinwendung zum linken Konservatismus ist nicht neu, bereits seit 2008 steht das Singen kommunistischen Liedguts auf dem Programm für Schüler, Studenten, Lehrer und Beamte. In Anlehnung an die Jugend-aufs-Land-Bewegung unter Mao startete Bo desweiteren eine Initiative, in deren Rahmen Studenten vier Monate mit Bauern, einfachen Arbeitern oder Soldaten verbringen sollen, um Arbeits- und Lebenserfahrung zu sammeln. (CD, 01.03.11; SCMP, 03.03.11) Auch wenn Bo neue Medien wie Blogs und Microblogs zur Verbreitung seiner Wertvorstellungen zu nutzen versteht, wird sein politisches Programm gerade vom liberalen Flügel als rote Restauration kritisiert. Wiederholt wurde der Vorwurf erhoben, dass er diese „rote Politik“ nutze, um sich den Rückhalt des linken Flügels zu sichern.

Bo Xilai ist sichtlich bemüht, sich in den anstehenden politischen Neubesetzungen im kommenden Jahr einen der begehrten neun Sitze im Ständigen Ausschuss des Politbüros zu sichern. Dafür spricht auch, dass der charismatische Politiker während des NVK die Gelegenheit nutzte, um die chinesische Presse eine Stunde lang persönlich über seine Maßnahmen in Chongqing zu informieren – eine Seltenheit in der chinesischen Politik –, wodurch er noch an Popularität gewann. Mit ambitionierten Projekten zum sozialen Ausgleich machte auch der Parteichef der Stadt Guangdong Wang Yang von sich reden, der als Konkurrent gilt.

3. UMWÄLZUNGEN IN DER ARABISCHEN WELT – RESONANZ IN CHINA

Mitte Februar kursierte im Internet ein Protestaufruf. Am 20. Februar sollten sich landesweit Bürger zusammenfinden und in einer „chinesischen Jasminrevolution“ einen politischen Wandel einfordern. Protestierende waren an jenem Tag kaum auszumachen, versammelt war nur ein hohes Aufgebot an Sicherheitskräften. Dennoch fand das Ereignis ebenso wie weitere Protestaufrufe großen Widerhall in der westlichen Presse, zum einen wegen des rabiaten Umgangs mit westlichen Journalisten, zum anderen wegen der präventiven „Ingewahrsamnahme“ von Aktivisten und Anwälten, unter ihnen viele als moderat geltende Intellektuelle.

Westliche Medien interpretierten die staatliche Reaktion als Zeichen der Furcht vor dem eigenen Volk. Parallelen wurden gezogen zu den politischen und gesellschaftlichen Schieflagen im Mittleren Osten und Nordafrika, welche zum Auslöser der Unruhen wurden, allen voran die hohe soziale Disparität und die

steigende Inflation. Auch in China seien Korruption und Amtsmissbrauch weit verbreitet, während Möglichkeiten der politischen Partizipation und Einflussnahme gering seien. Die chinesische Regierung wies derartige Vergleiche entschieden zurück. In China habe man eine Lehre aus der Geschichte gezogen. Hier gäbe es keinen Despoten, sondern man halte sich streng an das etablierte Rotationssystem für politische Ämter. Sicher gäbe es Probleme, doch die chinesische Bevölkerung partizipiere an der wirtschaftlichen Entwicklung und erkenne sehr wohl die Leistung der Regierung an. Protestaufrufe seien auf staatsfeindliche Kräfte im In- und Ausland zurückzuführen, so die Staatspresse, Bemühungen ausländischer Journalisten diese aufzubauschen, richteten sich somit gegen China.

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen China und dem Westen spiegelte sich auch in der divergierenden Berichterstattung über die Ereignisse im Mittleren Osten und Nordafrika wieder. Während in den westlichen Medien eine Solidarisierung mit den dortigen Demokratiebestrebungen vorherrschte, konzentrierte sich die chinesische Presse auf das mit den politischen Umbrüchen einhergehende Chaos. Die Proteste seien bis zu einem gewissen Grad verständlich, da die betroffenen Regierungen ihre Arbeit nicht geleistet hätten, aber sie wären kontraproduktiv für die langfristige Entwicklung der Länder. Besonders kritisch fiel die Berichterstattung über den UN-legitimierten Militäreinsatz in Libyen aus, auch wenn China sein Vetorecht nicht nutzte und damit seine stille Zustimmung gab. Das Eingreifen zugunsten der Rebellen gehe viel zu weit, das einzige was der Westen dem Land im Namen der viel bemühten Demokratie bringe, sei ein Zustand der Anarchie. Betont wurde die hohe Zahl der zivilen Opfer als Folge des Einsatzes. Stattdessen hätte man eine friedliche Lösung anstreben sollen. In einer Online-Umfrage der Global Times waren über 80% der Leser der Ansicht, dass dem Eingreifen des Westens allein wirtschaftliche Motive – sprich Rohstoffsicherung – zugrunde liegen, weniger als 4% waren überzeugt, dass das Vorgehen gegen Gaddafi prinzipiengeleitet sei. Lange Zeit habe auch der Westen, vor allem die USA, mit dem Despoten kooperiert. Allein aus Opportunitätsgründen habe man nun einen Schwenk vollzogen und sich in der Verfolgung eigener Interessen zudem über die staatliche Souveränität Libyens hinweggesetzt, so der Tenor der Presse. Dass auch China starke wirtschaftliche Interessen in der Region hat, wird in der Berichterstattung nur indirekt deutlich, etwa wenn die gelungene Evakuierung von chinesischen Staatsbürgern gefeiert wird. Allein aus Libyen wurden 36.000 Personen evakuiert, fast ausschließlich Mitarbeiter chinesischer Unternehmen.

„Der Begriff ‚Menschenrechte‘ ist nur ein Anstich, mit dem westliche Politiker die Fakten dieser Welt übertünchen.“¹ Diese Äußerung richtete sich zwar gegen die Kritik westlicher Staaten an der Festnahme des Künstlers Ai Weiwei, sie beschreibt jedoch ebenso gut den in China vorwiegenden Eindruck vom westlichen Vorgehen im Mittleren Osten und Nordafrika.

4. WACHSTUM, INFLATION UND ÜBERHITZUNG AUF DEM IMMOBILIENMARKT UND WÄHRUNGSPOLITIK

Im vierten Quartal 2010 betrug das Wirtschaftswachstum laut Angaben des NBSC 9,8%. Für das Gesamtjahr beträgt das Wachstum 10,3%, womit die Prognosen der chinesischen Regierung sowie internationaler Organisationen übertroffen wurden.

¹ <http://en.huanqiu.com/opinion/editorial/2011-04/641187.html>, abgerufen am 06.04.2011.
Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_VR China_I_2011

Nachdem lange Zeit die Gewährleistung einer 8%-igen Wachstumsrate als notwendig für einen stabilen Arbeitsmarkt gesehen wurde, verkündete Premierminister Wen Jiabao während des NVK, dass man nun ein Wachstum von 7% anstrebe, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Eine Balance zu finden zwischen dem Erhalt eines adäquaten Wachstums zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Eindämmung der anziehenden Inflation sei, so die Regierung, die größte wirtschaftliche Herausforderung im Jahr 2011. Wie auch in den vergangenen Jahren wurde die Notwendigkeit einer Abkehr von dem bisherigen investitions- und exportgetriebenen Entwicklungsmodell betont. Angestrebt wird der Ausbau des Dienstleistungssektors. Schwierigkeiten könnte allerdings das sinkende Konsumentenvertrauen bereiten. In einer Studie gaben mehr als 80% der Befragten an, eine weitere Teuerung zu erwarten. (CD B, 24.02.11)

Kernfaktoren der steigenden Inflation sind der Anstieg der Lebensmittel- und Immobilienpreise. Zum Zwecke der Preisdämpfung speiste die Regierung eigene Nahrungsmittelreserven in den Markt ein und erließ die Maut für Lebensmitteltransporte. Die damit verbundenen positiven Effekte wurden jedoch konterkariert durch die Dürre in agrarstarken Regionen Nordchinas sowie steigende Benzinpreise. Im Januar und Februar stieg der Verbraucherpreisindex um 4,9%, für das Jahr 2011 strebt die Regierung eine Inflationsrate von 4% an. Mittlerweile wird auch in der chinesischen Presse von einer Immobilienblase gesprochen. Einer Studie der CASS zufolge war der Immobilienwert in 11 von 35 untersuchten Städten um bis zu 50% überhöht. (CD, 09.12.10) Zur Eindämmung des Immobilienbooms wurde für den Erwerb von Zweitimmobilien die Eigenkapitalanforderung auf 60% angehoben. In Shanghai und Chongqing wird derzeit die im vergangenen Jahr diskutierte Immobiliensteuer eingeführt.

Geplant ist der Bau von 36 Mio. Sozialwohnungen bis 2015, wodurch man sich mittelfristig auch eine Entspannung auf dem Immobilienmarkt erhofft. Noch vor Jahresende sollen 10 Mio. Wohnungen fertig gestellt werden. Erhöht werden soll der Anteil der Mietwohnungen, da sich die Preise, trotz Subventionierung, als zu hoch für Geringverdiener herausstellten. Hinsichtlich der Finanzierung (allein im kommenden Jahr sind Investitionen von 140 Mrd. Euro hierfür erforderlich) zeigt man sich optimistisch. Jedoch hatten Lokalregierungen bereits in der ersten Projektphase 2010 teils Schwierigkeiten bei der Finanzierung. Deren Haushalte werden in den kommenden Jahren zusätzlich durch steigende Investitionen in soziale Sicherung, Gesundheit, Bildung und Umweltschutz belastet, während gleichzeitig mit einem Rückgang der Einnahmen aus Landverkäufen zu rechnen ist. (CD, 10.03.11; SCMP, 13.03.11)

Die expansive Kreditvergabe von einer Billion Euro im Jahr 2009 und rund 860 Mrd. Euro in 2010 wird als Hauptursache der Überhitzung und Inflation gesehen. Aus diesem Grund soll die Kreditvergabe im kommenden Jahr weiter eingeschränkt werden. In den vergangenen sechs Monaten hob die chinesische Zentralbank den Leitzins vier Mal an. Die Mindestreserveanforderungen wurden in demselben Zeitraum sechs Mal erhöht und lagen Ende März bereits bei 20%. Weitere Anhebungen sind zu erwarten. Damit wird der Druck auf Banken verstärkt, über lokale

Finanzierungsgesellschaften² ausgegliederte Kredite wieder einzufordern, die allein 2010 einen geschätzten Umfang von rund 320 Mrd. Euro erreicht haben sollen. In diesem Zusammenhang soll die Kontrolle über Banken verschärft werden. In der Vergangenheit erfolgte die Überprüfung der Mindestreserven halbjährlich, was in Zukunft monatlich geschehen soll. (SCMP, 28.01.11; CD B, 23.02.11)

Im Februar plädierte Dominique Strauss-Kahn, Direktor des IWF, für eine stärkere Rolle des Yuan in einem restrukturierten internationalen Währungssystem. Dies deckt sich mit den Ambitionen der chinesischen Regierung. Wie Hu Xiaolian, Vize-Vorsitzender der chinesischen Zentralbank und Leiter der 2009 gebildeten Regierungskommission zur Internationalisierung des Yuan, im März betonte, seien in den kommenden fünf Jahren „entscheidende Fortschritte“ hinsichtlich der Konvertierbarkeit des Yuan zu erwarten.

Bereits Anfang 2009 war ein Pilotprogramm gestartet worden, in dem ausgewählte Unternehmen Transaktionen mit Partnern in Yuan abwickeln konnten. Im Gesamtjahr 2010 betrug der Handel mit dem Ausland in Yuan noch rund 17 Mrd. Euro, doch allein im Januar 2011 waren es bereits 4,3 Mrd. Euro. In Kürze soll die Möglichkeit der Nutzung des Yuan für internationale Transaktionen landesweit für bestimmte Unternehmen gelten, auch in Deutschland laufen bereits Vorbereitungen zur Einrichtung von Yuan-Konten. (FAZ, 04.03.11) Die Verlautbarung der Regierung im Februar, dass in Kürze Yuan-Währungsoptionen gehandelt werden können, kann als weiterer Schritt auf dem Weg zur Internationalisierung und Konvertibilität gesehen werden. (CD B, 17.02.11)

5. NEUE ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT UND DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Der Arbeitskräftemangel in den industriestarken Regionen Ostchinas fiel zu Jahresbeginn stärker aus als erwartet, betroffen waren vor allem der Fertigungs- und Dienstleistungssektor. Arbeitsmigranten suchen zunehmend Beschäftigung in ihren Heimatregionen, trotz geringerer Löhne. Ein Grund sind steigende Lebenshaltungskosten in den Städten, ein ebenso wichtiger Faktor ist auch die damit verbundene familiäre Nähe, besonders für junge Familien. Laut einer Studie des All-Chinesischen Frauenverbands wachsen derzeit in ländlichen Regionen rund 58 Mio. Kinder von Arbeitsmigranten getrennt von ihren Eltern auf. Die Entwicklung ist jedoch auch der regionalen Förderpolitik der vergangenen Jahre zuzuschreiben, in deren Rahmen Infrastruktur und Industrie im Landesinneren ausgebaut wurden. Arbeitgeber in den industriellen Ballungszentren stehen nun unter Druck, Anreizstrukturen für Arbeitnehmer zu schaffen, z.B. indem sie den Nachzug der Familie und den Schulbesuch der Kinder vor Ort ermöglichen.

Mehr als zuvor fordern Arbeitnehmer die Zahlung von Sozial- und Rentenbeiträgen ein, gleichzeitig steigen die Lohnerwartungen. Allein in der südchinesischen Provinz Guangdong wurden die Mindestlöhne seit Jahresbeginn um rund 19% angehoben, auch in anderen Provinzen steigen die Löhne im zweistelligen Bereich, wobei in Verbindung mit der anziehenden Inflation die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale gegeben ist. In

² Weitere Informationen zum Thema lokale Finanzierungsgesellschaften siehe auch Quartalsbericht I, 2010 unter 2.2 ([PDF](#)).

Anbetracht der jüngsten Entwicklungen ist die Regierung bestrebt, Lohnauseinandersetzungen stärker zu institutionalisieren. Seit Februar sind in Guangdong erstmals kollektive Tarifverhandlungen möglich, in denen bereits Lohnerhöhungen erstritten werden konnten. Das Pilotprojekt könnte laut Angaben der Regierung bereits 2012 landesweit ausgedehnt werden.

Infolge der Ein-Kind-Politik wird China als einziges Schwellenland zu den alternden Gesellschaften gezählt. Über 12% der Bevölkerung (rund 160 Mio.) sind über 60 Jahre alt. Es mangelt an sozialen Dienstleistern, nicht nur in der ambulanten Pflege. So sind bislang landesweit nur rund 2,4 Mio. Betten in Pflegeeinrichtungen für Senioren verfügbar – von denen rund 20% aufgrund zu hoher Kosten für Bedürftige und deren Familien jedoch nicht einmal belegt sind. Erschwert wird die Lage dadurch, dass der Großteil älterer Menschen auf dem Land lebt, wo Grundrenten und soziale Hilfsleistungen sehr gering sind (z.T. nur 6 Euro monatlich), sofern überhaupt eine Absicherung besteht.

Infolge der Auflösung der traditionellen Versorgungsstruktur, bei der mehrere Generationen unter einem Dach lebten, fühlen sich Senioren trotz finanzieller Unterstützung oft von ihren Kindern im Stich gelassen. Ein Gesetzesentwurf, der diese verpflichten würde, regelmäßigen Kontakt zu pflegen, stieß jedoch auf starke Kritik. Jüngere Paare seien aufgrund der demographischen Struktur ohnehin gezwungen, zwei Elternpaare zu unterstützen, hinzu kämen steigende Lebenshaltungskosten sowie hohe Bildungsinvestitionen für das eigene Kind (2-4-1-Struktur). Angesichts dieser hohen familiären Versorgungsaufwendungen könne man, althergebrachten Erwartungen zum Trotz, Besuche kaum rechtlich verankern. Experten hoben hervor, dass nun der Staat gefordert sei, den Ausbau eines landesweiten, alle einschließenden Rentensystems zu beschleunigen und die Altenpflege auszubauen.

Im Rahmen des NVK wurden erneut Anträge zur Änderung der Ein-Kind-Politik eingereicht. Aufgrund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft sei es an der Zeit, auf eine „Zwei-Kind-Politik“ umzustellen, bevor die demographische Balance vollends aus dem Ruder gerate. Mit steigendem Lebensstandard zeichne sich ohnehin ein Trend sinkender Geburtenzahlen ab. Gegner einer Neuregelung verwiesen hingegen auf die Ressourcenknappheit des Landes.

6. NEUREGELUNG BEI ZWANGSENTEIGNUNGEN

„Urbanisierung ohne Zwangsent eignungen ist nicht möglich – und ohne Urbanisierung gibt es kein ‘Neues China’“, wie ein lokaler Kader in seinem Blog kommentierte, nachdem sich im September Bewohner eines zum Abriss freigegebenen Gebäudes in Yihuang (Provinz Jiangxi) aus Protest selbst in Brand gesetzt hatten. Zwangsent eignungen seien ein notwendiges Übel der Entwicklung. Die Unzufriedenheit der Betroffenen sei dabei unvermeidbar, da die Mittel für höhere Entschädigungen oft schlichtweg nicht vorhanden seien.³ Der Beitrag, der die Überzeugung des Gros der Beamenschaft widerzuspiegeln scheint, stachelte die Debatte um Schief lagen und Missstände in diesem Bereich weiter an. Lokale und regionale Regierungen beziehen mittlerweile den Großteil ihres Budgets aus

³ <http://www.atimes.com/atimes/China/LJ20Ad01.html>, abgerufen am 29. 03. 2011.
Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_VR China_I_2011

Landverkäufen. 2010 erreichten die Einnahmen ein Gesamtvolumen von über 310 Mrd. Euro – rund doppelt so viel wie 2009. (CD, 10.03.11) Damit einhergehend erreichte auch das Ausmaß der Zwangsenteignungen und Räumungen einen Höhepunkt. Dabei hätten sich, so der Bericht eines Forschungsinstituts der Beihang Universität, Auseinandersetzungen zwischen Staat und Bürgern verschärft. Bei Widerstand der Betroffenen würde nur selten der Rechtsweg gewählt. (SCMP, 11.01.11)

Einer Studie der CASS zufolge hat auch der Umfang illegaler Landnahmen in ländlichen Regionen stark zugenommen. Enteignungen und deren rigide Durchsetzung wurden als die Hauptquelle von Protesten und Unruhen ausgemacht. In der Umfrage kritisierten 70% der Befragten die gebotene Entschädigung als zu gering, beinahe 30% der Betroffenen gaben an, vor der Zwangsräumung keine Mitteilung erhalten zu haben. Über 23% beklagten, dass ein erheblicher Teil der Entschädigung veruntreut worden war, in einigen Fällen wurde gar nicht gezahlt. Der Schutz individueller Ansprüche gestaltet sich in ländlichen Regionen schon allein aufgrund der Besitzregelung schwierig (das Land gehört dem Staat, Bauern erhalten das Land zur Nutzung, haben jedoch keine Verfügungsgewalt). Häufig fehlen Dokumente, um Rechtsansprüche zu untermauern. Erhoben wird daher die Forderung nach einer Reform des ländlichen Eigentumsrechts. (CD, 01.03.11) Illegale Landnahme in ländlichen Regionen, von der mehr als die Hälfte der Fälle im Namen von Infrastrukturprojekten geschieht, wird mittlerweile als Gefahr für die Nahrungsmittelsicherheit des Landes gesehen. Aus diesem Grund sollen agrarwirtschaftliche Schutzgebiete eingerichtet, in einer landesweiten Datenbank aufgenommen und per Satellit überwacht werden. (SCMP, 26.03.11)

Im Januar trat die seit 2007 diskutierte Gesetzesänderung bezüglich Zwangsenteignungen in Kraft. Die lange Dauer des Revisionsverfahrens wurde der Einflussnahme der Baulobby und unterer Regierungsebenen zugeschrieben. Eine entscheidende Änderung besteht darin, dass die volle Entschädigungssumme nun vor der Räumung gezahlt werden muss, bei mangelnder Zustimmung sollen Projekte nicht mehr durchführbar sein. Festgeschrieben wurde auch, dass sich Immobilienentwickler nicht an Zwangsräumungen beteiligen dürfen, womit man auf eine Reihe von Todesfällen in den vergangenen Jahren reagierte. (CD, 28.01.11) Kritisiert wird, dass untere Regierungsebenen immer noch über einen großen Ermessensspielraum bei Enteignungen verfügen, ohne die Einführung entsprechender Kontrollmechanismen bleibe die Gefahr des Missbrauchs weiter bestehen.

7. „RECHTSSYSTEM MIT CHINESISCHER CHARAKTERISTIK AUFGEBAUT“

Man habe erfolgreich ein Rechtssystem mit chinesischer Charakteristik aufgebaut, das auf die spezifischen Erfordernisse des Landes zugeschnitten sei, erklärte der NVK-Vorsitzende Wu Bangguo während der Tagung des Volkskongresses. Das Rechtssystem, welches wissenschaftlich, harmonisch und kohärent sei, diene als Fundament der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit. Man verfüge mittlerweile über einen Rechtskorpus, der klare Anforderungen an Staat und Bürger stelle. Es gelte jedoch, das Rechtssystem weiter auszubauen und die Umsetzung der Gesetze zu gewährleisten.

Doch gerade die mangelhafte Umsetzung wird oft kritisiert, immer wieder werden Fälle von Korruption und Klüngelei bekannt. Neue Regelungen, welche den

außergerichtlichen Kontakt zwischen Richtern und Parteien in einem Rechtsstreit (bzw. deren jeweiligen Familienangehörigen) untersagen, sollen dem einen Riegel vorschieben. Problematisch ist auch der unzureichende Schutz insbesondere schwacher Bevölkerungsgruppen in Fällen von Amtsmissbrauch und staatlicher Willkür, der mitverantwortlich für das geringe Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsapparat ist. Daher soll der kostenlose Rechtsbeistand in großem Umfang ausgebaut werden. Vermehrt werden nun Gerichtsverhandlungen aufgezeichnet und über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, um die Transparenz zu erhöhen und Zweifel zu zerstreuen. Während des NVK kündigte Premierminister Wen Jiabao eine Reform des Petitionensystems an. Dass dieser nur wenige Wochen zuvor persönlich eine Petitionsstelle besucht und sich die Klagen der überraschten Petitionen anhört hatte, vermittelte die Botschaft, dass man sich der Missstände in diesem Bereich bewusst ist und Verbesserungen angedacht sind.

Ein Hindernis für die weitere Verrechtlichung stellt der gravierende Personalmangel in Gerichten unterer Verwaltungsebenen dar, die das Gros der landesweiten Fälle zu bearbeiten haben. Deswegen sollen nun die Einstellungskriterien für lokale Bewerber gelockert und diese mit Trainingsmaßnahmen professionalisiert werden. Zwar hatte der Staat in den vergangenen Jahren eine Ausbildungsoffensive im Justizwesen gestartet, doch die Anzahl der Rechtsfälle pro Richter steigt weiter. Dies kann auch positiv gesehen werden, da trotz des oft zitierten geringen Vertrauens in das Rechtssystem immer mehr Personen den Rechtsweg beschreiten.

Wie die Staatsanwaltschaft in ihrem Rechenschaftsbericht beim NVK betonte, wolle man sich in Zukunft vermehrt Fällen staatlichen Versagens annehmen. Positiv herausgestrichen wurde die stärkere Kontrollfunktion, die Staatsanwälte im Justizapparat wahrnahmen. Vermehrt sei im vergangenen Jahr Einspruch eingelegt worden bei Fällen, deren Ausgang als ungerecht erachtet wurde. Hervorgehoben wurde auch, dass man im letzten Jahr in 525 Fällen widerrechtlichen Freiheitsentzugs eingeschritten sei. (CD, 12.03.11) Dass dennoch Schwierigkeiten im Rechtssystem bestehen und auch wahrgenommen werden, zeigt auch die Reaktion im NVK auf die Rechenschaftsberichte und Programmentwürfe des obersten Gerichtshofs und der Staatsanwaltschaft. Rund 20% der Delegierten stimmten dagegen oder enthielten sich, womit diese insgesamt die geringste Zustimmung erhielten. Rechtsexperten heben immer wieder das Problem der mangelnden Unabhängigkeit juristischer Instanzen hervor, zu häufig werde das Recht im Dienste staatlicher Interessen gebeugt. Zu erwähnen sind hier beispielsweise die rund 200 Anwälte und Aktivisten, die laut der Menschenrechtsorganisation Chinese Human Rights Defenders im Zuge der anhaltenden Sicherheitskampagne in inoffiziellen Gewahrsam genommen oder unter Hausarrest gestellt wurden.⁴

8. MEDIEN IN CHINA

Einer Studie der Communication University of China zufolge haben sich Microblogs bereits nach zwei Jahren als ein wichtiges Informationsmittel der Bevölkerung etabliert. Aufgrund des hohen Informationsflusses gestalten sich die inhaltliche

⁴ <http://chrnet.org/2011/03/02/annual-report-on-the-situation-of-human-rights-defenders-in-china-2010/>, abgerufen am 05.04.2011.

Kontrolle schwierig, so dass Microblogs ein relativ freies Diskursumfeld böten, was deren Attraktivität weiter stärke. Die meistkommentierten und diskutierten Themen seien Zwangsenteignungen, Fehlverhalten staatlicher Vertreter und Institutionen sowie der Polizei, so der Bericht. (CD, 26.03.11)

Microblogs werden nicht nur zur Diskussion politischer und gesellschaftlicher Themen genutzt, sondern dienen auch als Medium zur Mobilisierung zivilgesellschaftlichen Handelns. Als die Nanjinger Regierung im Zuge der Stadterneuerung hunderte alter Platanen, die zum Stadtbild gehören, entfernen ließ, fanden sich zehntausende online zusammen, um gegen das Vorgehen und die mangelnde Abstimmung mit den Bürgern zu protestieren, gefolgt von einer Demonstration im Stadtzentrum. Die Regierung initiierte daraufhin einen Bürgerdialog, stellte die Bauarbeiten an den entsprechenden Stellen ein und versprach, weitere Gutachten einzuholen. Große Aufmerksamkeit erregte in den vergangenen Monaten auch die Initiative des renommierten Soziologen Yu Jianrong (CASS), der auf einem eigens eingerichteten Microblog die Bevölkerung dazu aufrief, Handyfotos von bettelnden Kindern an die Betreiber zu senden, um zu helfen, Opfer von Kindesentführungen zu identifizieren. Die Initiative stieß auf große Resonanz. Wie Yu betonte, gehe es dabei jedoch ebenso darum, die Öffentlichkeit auf die Problematik bettelnder Kinder aufmerksam zu machen, die eindeutig einen Rechtsverstoß darstelle. Es sei gut, dass Bürger ein Bewusstsein dafür entwickelten, dass man in solchen Fällen handeln kann und muss. Auch staatliche Behörden erkannten den Handlungsbedarf und gingen in einer landesweiten Aktion gegen organisierte Bettelei vor.

Nicht nur die Bürger wissen die neuen Medien für sich zu nutzen. Laut der obigen Studie hatten Ende 2010 bereits 630 staatliche Stellen Microblogs eröffnet, um einen besseren Kontakt mit den Bürgern zu pflegen und zeitnah informieren zu können.

Soft Power Expansion

Seit Anfang des Jahres ist die China Daily European Weekly in 27 europäischen Staaten zugänglich. Besonders in Europa werde viel Zeitung gelesen, es gäbe ein entsprechendes Mediumfeld und man wolle diesem eine weitere Perspektive auf die aktuelle Politik beisteuern, kommentierte der chinesische Botschafter in London. Ende März wurde auch die China Daily Asia Weekly gelauncht, die nun in fünf Ländern verfügbar ist. Angestrebt ist, das Wochenblatt zur größten asienweiten Zeitung auszubauen.

Gleichzeitig sind staatliche Mediengruppen wie beispielsweise people.com.cn (Onlinedienst der Volkszeitung) gehalten, zur Finanzierung der weiteren Expansion an die Börse zu gehen. Dadurch erhofft man sich eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die dazu beitragen soll, chinesische Staatsmedien international zu profilieren. Diese Bemühungen sind im Zusammenhang mit dem laufenden Programm zur Imageverbesserung und Stärkung der Soft Power zu sehen. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua hat sich bereits 2010 mit dem Sender CNC World international positioniert, nun plant auch CCTV bis Ende 2012 elf internationale Kanäle zu launchen. Während englischsprachige chinesische Medien mit Rückhalt des Staates expandieren, kündigten Voice of America und BBC an, ihre Radioübertragungen in chinesischer Sprache einzustellen, aufgrund von Kürzungen und sinkenden Zuhörerzahlen.

9. CHINESISCHE REAKTIONEN AUF KATASTROPHEN IN JAPAN

Trotz des historisch belasteten Verhältnisses zu Japan, welches im vergangenen Jahr in der Auseinandersetzung um die Diaoyu-Inseln einen Tiefpunkt erreichte, war die Reaktion der chinesischen Bevölkerung überwiegend von Empathie geprägt angesichts der dreifachen Katastrophe. Besonders online wurde Bewunderung geäußert ob der Ordnung und Solidarität, die die japanische Bevölkerung selbst unter diesen Umständen bewahrte. Vergleiche wurden auch gezogen hinsichtlich der Bauqualität in Japan und China, wo die Bilder der eingestürzten Gebäude infolge der Erbebenkatastrophe 2008 den Menschen noch im Gedächtnis sind. Die chinesische Regierung bekundete ihr Mitgefühl, entsandte Rettungsteams und bot weitere humanitäre Hilfe, so dass die Krise zum Anlass einer Annäherung beider Nationen wurde.

Auch wenn die chinesischen Küsten von den Auswirkungen des Tsunamis verschont blieben, ist China in wirtschaftlicher Hinsicht von der Situation in Japan betroffen. China ist Japans größter Handelspartner und daher besonders betroffen von unterbrochenen Zulieferketten. Wichtige technologische Komponenten, welche China aus Japan bezieht, fehlen. Darunter leiden vor allem die Auto- und die Computerindustrie. Umgekehrt ist auch der Export nach Japan beeinträchtigt.

Langfristige Konsequenzen könnte hingegen die Reaktorkatastrophe in Japan haben. Ende März wurden erhöhte Strahlenwerte im Norden Chinas gemessen, Anfang April stellte man in der Nähe von Peking und Tianjin Spuren radioaktiven Jods auf Gemüse fest. Auch wenn die Werte bislang als gesundheitlich unbedenklich eingestuft wurden, wächst bei der chinesischen Bevölkerung, die von auf Fehlinformationen beruhenden Jodsalz-Hamsterkäufen abgesehen besonnen reagierte, die Skepsis hinsichtlich des geplanten umfänglichen Ausbaus der chinesischen Atomindustrie. Laut aktuellen Zahlen der National Energy Administration (NEA) sind in China derzeit 13 Reaktoren im Betrieb, 28 Reaktoren befinden sich im Bau und zehn weitere sollen in den kommenden Jahren bewilligt werden. (CD, 09.02.11) Dennoch betonte die chinesische Regierung noch Mitte März, an dem Atomprogramm festhalten zu wollen. Man kündigte allerdings an, Neubewilligungen zunächst auszusetzen und sowohl bestehende als auch im Bau befindliche Meiler einer strengen Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Angesichts der sich verschlimmernden Lage in Japan und der zunehmenden Sorge der chinesischen Bevölkerung änderte sich die Tonlage Ende März. Es sei nicht mehr auszuschließen, dass die Zielsetzungen für 2020 modifiziert würden, so die Regierung. Anpassungen größeren Umfangs sind aufgrund mangelnder Alternativen jedoch nicht zu erwarten. (SCMP, 17.03.11; 29.03.11)

Katja Drinhausen

Die Autorin ist Ortskraft der Hanns-Seidel-Stiftung in Beijing, VR China

ABKÜRZUNGEN:

Publikationen:

CD = China Daily

SCMP = South China Morning Post

NFZM = Southern Weekly (Nanfang Zhoumo)

Institutionen:

Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_VR China_I_2011

NBSC = National Bureau of Statistics of China
CASS = Chinese Academy of Social Sciences
CCTV = China Central Television (Zhongyang Dianshitai)
CRI = China Radio International
XNA = Xinhua Nachrichtenagentur

ZUSÄTZLICHE QUELLEN (u.a.):

China Daily
Global Times
South China Morning Post
Southern Weekly (*Nanfang Zhoumo*)
Study Times (*Xuexi Shibao*)
www.stats.gov.cn (National Bureau of Statistics of China)
www.xinhuanet.com (Nachrichtenagentur Xinhua)
www.people.com.cn (Peoples Daily)
www.nfdaily.cn (Southern Media Group)
www.caing.com (Caixin Media)

www.caijing.com.cn (Caijing Magazine)
www.eeo.com.cn (Economic Observer)
www.ifeng.com (Nachrichten und Blogs)
www.sina.com.cn (Nachrichten und Blogs)
www.sohu.com (Nachrichten und Blogs)
www.cmp.hku.hk (China Media Project, University of Hong Kong)
www.faz.net (Frankfurter Allgemeine Zeitung)
www.sueddeutsche.de (Süddeutsche Zeitung)
www.nytimes.com (New York Times)

IMPRESSUM

Erstellt: 07.04.2011
Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011
Lazarettstr. 33, 80636 München
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich: Christian J. Hegemer,
Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359
E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de